

# Rückblick auf die Frühlingsession

■ Von FDP-Nationalrat Peter Schilliger, Udligenswil

Zwischen 2007 und 2015 hat die Postauto AG Gewinne von über 90 Millionen Franken verschleiert und sich damit Subventionen von Bund und Kantonen erschlichen. Auch wenn bereits ein Teil der Subventionen zurückgefordert wurde und die Post angekündigt hat, die Differenz von 78 Millionen Franken ebenfalls zurückzuerstatten, ist die Debatte für mich längst nicht abgeschlossen. Die buchhalterischen Trickereien müssen lückenlos aufgeklärt und die Verantwortlichen angemessen sanktioniert werden. Aus meiner Sicht ist der Postauto-Skandal aber nur die Spitze des Eisbergs und ein Symptom für ein viel fundamentaleres Problem. Er zeigt exemplarisch den Konflikt zwischen den regulatorischen Rahmenbedingungen und der digitalen Transformation dieser Unternehmen. Daraus resultieren Wettbewerbsverzerrungen und private Unternehmen werden aus dem Markt gedrängt. Damit wir das in Zukunft verhindern können, braucht es ein Überdenken der heutigen Regulierung von staatsnahen Unternehmen. In einer dringlichen Interpellation konfrontieren wir den Bundesrat mit unserer Ansicht, dass im heutigen System Fehlanreize bestehen, die den Postauto-Skandal mitverursacht haben. Und wir wollen wissen, wie bei künftigen Ausschreibungsverfahren gleich lange Spiesse zwischen privaten und



Peter Schilliger.

staatsnahen Betrieben geschaffen werden können.

## Unnötige Fair-Food-Initiative

Die von den Grünen lancierte Initiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel» – die sogenannte Fair-Food-Initiative – will die hohen Schweizer Lebensmittelstandards schützen und fordert Standards für Importprodukte. Damit sollen Produkte aus industrieller Massenproduktion vom Schweizer Markt ferngehalten werden. Die Initiative, die vom Nationalrat mit 139:37 und vom Ständerat mit 34:1 Stimmen zur Ablehnung empfohlen wurde, hat protektionistische Tendenzen und könnte Konsumenten bevormunden. Zudem drohen höhere Kosten und Preise. Ich begrüsse diese Entscheide von National- und Ständerat. Die Vorlage zur Ernährungssicherheit,

über die das Volk am 24. September 2017 abgestimmt hat, legt zusammen mit den bestehenden Artikeln zur Landwirtschaft und Landesversorgung bereits die Grundlage für eine zukunftsgerichtete, wettbewerbsfähige Landwirtschaft.

## Gegenvorschlag zur Velo-Initiative

Die Velo-Initiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege» wurde im Nationalrat mit 133:54 und im Ständerat mit 41:1 Stimmen abgelehnt. Stattdessen wurde der direkte Gegenvorschlag des Bundesrates in einer vorgezogenen Schlussabstimmung von beiden Kammern gutgeheissen. Der Gegenvorschlag fördert die Schaffung eines Velowegnetzes in der Schweiz, auferlegt den Kantonen und Gemeinden aber keinerlei Zwang. Da der vorliegende Bundesbeschluss das Kernanliegen der Initiative, die Gleichstellung der Velowege mit den Fuss- und Wanderwegen, aufnehme, zogen die Initianten ihr Begehren zurück. Für mich ist auch für den Gegenvorschlag kein Handlungsbedarf gegeben.

## Liberalisierung des Strommarktes

Der Strommarkt soll bald auch für Kleinkunden – Privathaushalte und KMU – geöffnet werden. Der Nationalrat hat mit 130:44 Stimmen eine von der FDP initiierte Motion seiner Energiekommission ange-

nommen. Auch der Bundesrat will die Liberalisierung vorantreiben und hat darum den Vorstoss zur Annahme empfohlen. Er hat eine Gesetzesvorlage bis Ende Jahr angekündigt. In einem liberalisierten Markt werden die richtigen Preissignale gesetzt, was zu einem effizienten Ausbau der Stromversorgung führt. Auch werden damit endlich die Ungleichgewichte im heutigen Endkundenmarkt ausgeglichen.

## Umweltplakette bald auch in Luzern?

Im Kanton Genf wird zurzeit die Einführung einer Umweltplakette diskutiert. Demnach würde älteren Dieselfahrzeugen temporär die Fahrt in bestimmten Gebieten untersagt. Falls diese Umweltplakette eingeführt wird, besteht meiner Meinung nach die Gefahr, dass schon bald weitere Kantone dem Genfer Beispiel folgen und sich ähnliche Vignettensysteme und Verkehrsrestriktionen überlegen. Diesbezüglich habe ich kürzlich eine Interpellation eingereicht, in der ich vom Bundesrat erfahren möchte, ob die gemessenen Luftschadstoffwerte auch in anderen Kantonen entsprechende Massnahmen rechtfertigen. Zudem möchte ich wissen, welche konkreten Verbesserungen durch kurzfristige, örtlich begrenzte Fahrverbote zu erwarten sind und wie sich dies auf den Ausweichverkehr auswirkt.